

Energiewende gefährdet: Die Bundesregierung darf Dach-PV nicht ausbremsen!

Die Energiewende ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt, getragen von der Beteiligung und Akzeptanz der Bürger*innen. Ihr Fundament sind Millionen Dächer im ganzen Land. Immer kostengünstigere kleine PV-Dachanlagen stehen wie kein anderes Element für die dezentrale Energiewende. Sie ermöglichen Bürger*innen, Handwerksbetrieben, Landwirt*innen und Kommunen, selbst Teil der Lösung zu werden. Sie schaffen Akzeptanz, weil Wertschöpfung vor Ort entsteht. Bereits versiegelte Flächen werden genutzt, Flächenkonkurrenz reduziert. Der Naturschutz wird gestärkt, weil Beeinträchtigungen für die Natur ausbleiben. Sie stärken die Resilienz des Energiesystems, weil Erzeugung dort stattfindet, wo Strom verbraucht wird. Sie fördern den Umstieg auf Wärmepumpen und E-Autos, weil sie erneuerbaren Strom im Eigenheim erschwinglich machen. Über immer mehr Mieter*innenstromanlagen wird PV-Strom auch in den Ballungsgebieten zum Teilhabeprojekt. Dachanlagen sichern demokratische Teilhabe an einem Energiesystem, das uns alle betrifft. Je mehr erneuerbarer Strom produziert wird, desto günstiger werden die Strompreise. Das ist gut für alle.

Die derzeitigen Pläne, im Zuge der EEG-Novelle die Vergütung für kleine Dachanlagen abzuschaffen und diese überstürzt in die Direktvermarktung zu zwingen, sind alarmierend. Sie gefährden das Vertrauen in Planungssicherheit und damit in Investitionen für mehr Unabhängigkeit von fossilen Energien. Dieser Angriff auf die Dach-PV ist kein isolierter Vorgang. Er fügt sich ein in das Bild einer drohenden und vollumfänglichen Ausbremsung der Energiewende: Vom Netzpaket bis zu den angekündigten Eckpunkten im Gebäudemodernisierungsgesetz samt Rückschritten bei der Elektrifizierung des Gebäudesektors entsteht der Eindruck, dass in der Bundesregierung weniger an Lösungen gearbeitet, sondern durch Gesetzesinitiativen fossile Abhängigkeiten verstärkt werden.

Wir appellieren an die Bundesregierung, sich klar zu einer zukunftsgerichteten Energiepolitik zu bekennen, passende Maßnahmen zu ergreifen und die Einspeisevergütung für kleine PV-Anlagen zu erhalten, bis geeignete Alternativen gefunden sind. Sie sind das tragende Fundament der dezentralen Energiewende und Startpunkt für Haushalte zur Umrüstung auf klimaneutrale Anwendungen. Wer dieses Fundament angreift, gefährdet das gesamte Projekt Energiewende.

Die Realität ist eindeutig: Die Voraussetzungen für eine wirtschaftlich tragfähige Direktvermarktung sind heute nicht vorhanden. Die Prozesse sind unzureichend digitalisiert und standardisiert, massentaugliche Abwicklungsmodelle fehlen, die Infrastruktur ist nicht vorbereitet. Wer unter diesen Bedingungen die Vergütung streicht, schafft keinen Systemnutzen. Politische Vorgaben dürfen nicht an der technischen und organisatorischen Wirklichkeit vorbeiregieren. Wenn jetzt über unerfüllbare technische Anforderungen und unbotmäßige Kostenaufschläge die wirtschaftliche Grundlage entzogen wird, brechen Investitionen ein, Dachflächen bleiben ungenutzt oder sehr viel kleinere Anlagen werden installiert. Das führt zu Ineffizienzen und unnötigen Kosten.

Klar ist: Erzeugung und Verbrauch müssen netzdienlicher werden, Systemkosten müssen vertretbar bleiben und gerechter verteilt werden. Ansätze dafür liegen auf dem Tisch: Standardisierte Netzanschlussverfahren und flexible Anschlussvereinbarungen, netzoptimierte Ausschreibungen, die gezielte Förderung von Flexibilitäten und Speichern, Bürger*innenenergie und kleinen Dachanlagen sowie ein beschleunigter, digitalisierter Netzausbau.

Unter Mitwirkung von:



5. März 2026